



Machtspiele auf See

Wenn Seerecht erodiert: Ostsee, Südchinesisches Meer und Europas sicherheitspolitische Verwundbarkeit

Lara Müller

- › Maritime Sicherheit ist zentral für Europas wirtschaftliche und politische Stabilität. Gerade hier zeigt sich das Spannungsverhältnis von Macht und Recht besonders deutlich: Autoritäre Mächte wie Russland und China unterlaufen gezielt das Seerecht und schwächen die regelbasierte Ordnung.
- › Das UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) bildet das Fundament maritimer Ordnung, weist jedoch Schwächen in der Durchsetzung und Lücken im Umgang mit hybriden Bedrohungen auf.
- › In der Ostsee betreffen Sabotage, verdeckte Aufklärung und Desinformation Europa unmittelbar. Die Ostsee wird zunehmend zum Schauplatz hybrider Kriegsführung. Im Südchinesischen Meer schafft China durch Rechtsumdeutung, Landaufschüttungen und dauerhafte Präsenz schrittweise neue Fakten. Beide Regionen stellen Präzedenzfälle strategischen *Lawfares* auf See dar.
- › Die gezielte Erosion des Seerechts gefährdet nicht nur die regionale Stabilität, sondern auch die wirtschaftliche Sicherheit und gesellschaftliche Resilienz in Europa.
- › Europa muss handeln: den Schutz kritischer maritimer Infrastruktur stärken, ein gemeinsames Lagebild mit klaren Zuständigkeiten und schneller Reaktionsfähigkeit aufbauen sowie UNCLOS weiterentwickeln.

Freie Seewege, internationale Handelsrouten und maritime Infrastruktur sind das Rückgrat der globalisierten Welt. Über 90 Prozent des Welthandels, nahezu der gesamte Datenverkehr und große Teile der europäischen Energieversorgung verlaufen über die Weltmeere.¹ Die regelbasierte internationale Ordnung auf See ist entscheidend, doch sie steht unter Druck.

Autoritäre Großmächte wie Russland und China unterlaufen diese gezielt, testen rechtliche Grauzonen und setzen auf hybride Mittel unterhalb der Eskalationsschwelle. Der Ostseeraum und das Südchinesische Meer stehen exemplarisch für diese Dynamiken. Sie sind geopolitische Brennpunkte.

Angriffe auf Datenkabel-Knotenpunkte, Häfen oder Offshore-Windparks könnten binnen Stunden Kommunikation, Schiffsverkehr, Energieflüsse und sicherheitsrelevante Systeme beeinträchtigen oder sogar über Wochen hinweg lahmlegen.² Im Südchinesischen Meer hätte eine Blockade wie die der Straße von Malakka unmittelbare Folgen für Lieferketten, Energieimporte und globale Handelsströme. Sie würden gestört und destabilisiert. So könnten sie wirtschaftliche Verwerfungen sowie sicherheitspolitische Spannungen mit Auswirkungen bis ins Zentrum europäischer Versorgungssicherheit auslösen.

Diese Szenarien sind realistisch und verdeutlichen, dass sich die Verschiebung hin zu einer multipolaren Weltordnung auf See besonders sichtbar in Form wachsender Konfliktzonen und schwindender Stabilität vollzieht.

Multipolare Seeordnung: wachsende Konfliktzonen, sinkende Stabilität

1. Internationales Seerecht als Arena im Ringen um globale Einflussphäre

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS, 1994) bildet das Fundament der maritimen Rechtsordnung. Es unterscheidet drei Zonen: Im Territorialmeer (bis 12 Seemeilen) hat der Küstenstaat weitgehende Hoheitsgewalt. In der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ, bis 200 Seemeilen) besitzt er exklusive Nutzungsrechte, während anderen Staaten die Durchfahrt erlaubt bleibt. Die Hohe See jenseits davon ist frei zugänglich und unterliegt keiner nationalen Kontrolle.³

Doch UNCLOS ist nicht auf heutige sicherheitspolitische Herausforderungen ausgelegt. Es fehlt an Regelungen zum Schutz kritischer Infrastruktur. Artikel 113 bezieht sich nur auf private Sabotage, nicht auf gezielte Sabotage von staatlichen Akteuren. Der Schutz solcher Infrastruktur rückte erst 2022 durch die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipeline verstärkt ins öffentliche Bewusstsein. Zudem fehlen verbindliche Mechanismen zur internationalen Durchsetzung. Es gibt kein globales Gewaltmonopol und die Strafverfolgung ist nur begrenzt möglich.

Diese Schwächen nutzen Staaten gezielt für sogenanntes *Lawfare*: die strategische Nutzung des Rechts zur Machtausweitung. Russland operiert in der Ostsee mithilfe rechtlicher Grauzonen. China bekennt sich formal zu UNCLOS, untergräbt es jedoch durch selektive Auslegung und schafft Fakten. Das Seerecht wird so zum geopolitischen Instrument.

So wird nicht das Recht abgeschafft, sondern gezielt untergraben; es entsteht eine schleichende Verschiebung völkerrechtlicher Gewohnheiten, wodurch das Seerecht zur Machtfrage wird.

Gezielte Ausnutzung von Schwächen in Abkommen (z. B. UNCLOS) als *Lawfare*: strategische Rechtsnutzung zur Machtausweitung

2. Die Ostsee: hybride Gefahren vor Europas Haustür

Die Ostsee ist geopolitisch zentral für Europa. Als Standort maritimer kritischer Infrastruktur ist sie besonders verwundbar und seit Beginn des umfassenden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine von 2022 vermehrt Ziel hybrider Einflussnahme und Angriffe.

Auffällig ist die Zunahme russischer Öltanker, die ohne *Automatic Identification System* (AIS) operieren. Diese sogenannte „Schattenflotte“, entstanden als Reaktion auf europäische Energiesanktionen, besteht meist aus veralteten Schiffen mit Ölprodukten an Bord.⁴ Neben Umwelt- und Kollisionsrisiken mehren sich sicherheitspolitisch brisante Verhaltensmuster nahe kritischer Infrastruktur. Die Ostsee ist zum Testfeld für hybride Kriegsführung geworden. Sichtbar wird das besonders in zwei Bereichen: Sabotage und Spionage.

I. Sabotage

Gezielte Sabotagefälle nehmen zu, allein seit 2024 wurden mindestens elf Unterwasserinfrastrukturen in der Ostsee beschädigt.⁵ Die Angriffe folgen einem wiederkehrenden Muster: Manöver in unmittelbarer Nähe kritischer Infrastruktur, meist durch schleifende Anker. Während europäische Behörden Russland als größte Bedrohung der regionalen Stabilität einstufen, zeigen sich ähnliche Muster auch bei China, sowohl in der Ostsee als auch vor der Küste Taiwans (2023, 2025).⁶

Neben Russland als Hauptbedrohung zeigen sich ähnliche Muster auch bei China – in der Ostsee und vor Taiwan

› Oktober 2023

Die Gaspipeline *Balticconnector* zwischen Finnland und Estland wurde mutmaßlich durch das chinesische Schiff *NewNew Polar Bear* beschädigt.⁷

› November 2024

Zwei Glasfaserkabel (*BCS East-West Interlink* / *C-Lion1*) bei Schweden wurden durchtrennt. Der chinesische Frachter *Yi Peng 3* steht unter Verdacht.⁸

› Dezember 2024

Eagle S, nach EU-Angaben, Teil der russischen Schattenflotte, hinterließ eine Schleifspur über dem Stromkabel *Estlink-2* zwischen Estland und Finnland.⁹

› Januar 2025

Ein Datenkabel zwischen Lettland und Schweden wurde beschädigt. Die Ermittlungen wegen möglicher Sabotage laufen.¹⁰

› Mai 2025

Verdächtige Manöver über einer Leitung zwischen Polen und Schweden fanden statt. Die polnische Marine griff ein. Es kam zu keinem Schaden, der Vorfall wird mit Mustern russischer Einflussnahme in Verbindung gebracht.

Die NATO reagierte mit verstärkter Präsenz im Ostseeraum, etwa durch die Operation *Baltic Sentry*, beschlossen auf dem Gipfel in Helsinki im Januar 2025.¹¹ Auch Staaten wie Polen, Schweden und Deutschland verbessern ihre Koordination und Überwachung. Dennoch bleiben rechtliche Umsetzungsprobleme bestehen und Debatten über seerechtliche Anpassungen nehmen zu. Viele Maßnahmen bleiben auch durch nationale Zuständigkeitsprobleme und rechtliche Unklarheiten in der Umsetzung begrenzt.

II. Verdeckte Spionage

Russland kartiert seit Jahren gezielt den Meeresboden der Ostsee, mutmaßlich zur militärischen Vorbereitung. Im Fokus stehen zwei Bereiche: Tiefseeoperationen und luft- bzw. oberflächenbasierte Aufklärung.

- › **Tiefseeaufklärung:** Eine Schlüsselrolle spielt dabei GUGI, eine geheime Einheit des russischen Verteidigungsministeriums. Ihr unterstehen Spezialschiffe, die offiziell als Forschungseinheiten gelten, faktisch allerdings militärische Aufgaben übernehmen. Diese operieren oft ohne AIS-Signal über kritischer Infrastruktur, ausgerüstet mit Tiefseetechnik und teils bewaffneter Besatzung.¹² Im Oktober 2023 stoppte die Bundespolizei ein GUGI-Schiff im Windpark Arcadis Ost 1 mit bewaffneten Soldaten an Board. Nach Verlassen des Küstenmeers fuhr das Schiff auffällige Kurse über einem NATO-U-Boot-Gebiet.¹³ Britische Geheimdienste deckten zudem 2024 mehrere versteckte russische Plattformen zur Erfassung akustischer und elektromagnetischer Signaturen europäischer Infrastruktur auf.¹⁴
- › **Luft- und oberflächenbasierte Aufklärung:** Russische Il-20M-Aufklärungsflugzeuge verletzen regelmäßig den Ostseeluftraum, teils ohne Transpondersignal oder Funkantwort. Am 27. März 2025 wurde ein solcher Vorfall östlich von Rügen von Eurofightern abgefangen.¹⁵ Seit Frühjahr 2025 häufen sich zudem Sichtungen unidentifizierter Drohnen über Militäranlagen mehrerer Ostseeanrainer, meist begleitet von GPS-Störungen. Im Verdacht stehen küstennah operierende Schiffe der russischen Schattenflotte, von denen sie ausgesetzt werden.

Die Reaktionen auf solche Spionage bleiben begrenzt. Zwar verstärken NATO-Staaten ihre Präsenz mit Luftpatrouillen, technischer Aufrüstung und Übungen wie *BALTOPS*, das gezielt den Schutz kritischer Infrastruktur trainiert. Das Lageformat *CTF Baltic* setzt zudem ein Signal für stärkere Koordination.¹⁶ Doch völkerrechtlich bleibt der Spielraum eng. In Friedenszeiten ist Spionage auf Hoher See und in der AWZ kaum greifbar. Gleichzeitig bleiben Überwachung und Abwehr bisher lückenhaft – strukturell wie operativ.

3. Lawfare im Südchinesischen Meer: Strategie des Rechtsbruchs

Das Südchinesische Meer zählt zu den wichtigsten maritimen Regionen der Welt. Rund 30 Prozent des globalen Seeverkehrs passieren es jährlich, es ist reich an Fischbeständen und große Rohstoffvorkommen werden dort vermutet.

Seit Jahren erhebt China expansive Gebietsansprüche, die mit den Hoheitsrechten anderer Anrainerstaaten kollidieren, insbesondere der Philippinen und Vietnams. Der Streit um See-grenzen, Inseln und wirtschaftliche Nutzungsrechte hat sich seither zu einem geopolitisch aufgeladenen Konflikt entwickelt, der militärische Spannungen, internationale Rechtsstreitigkeiten und regelmäßige Konfrontationen auf See umfasst.

Für Europa ist das Südchinesische Meer nicht nur ein entfernter Konfliktraum, sondern ein Präzedenzfall für den globalen Umgang mit autoritärer Machtprojektion auf See. Zwei Taktiken dominieren dabei: territoriale Expansion und Grauzonenstrategie.

I. Territoriale Expansion

Seit 2009 reklamiert China rund 90 Prozent des Südchinesischen Meeres anhand der *Nine-Dash Line*, völkerrechtlich unbegründet und gestützt auf vage historische Verweise. Die Linie schneidet tief in die AWZ anderer Küstenstaaten ein und widerspricht dem UN-Seerechtsübereinkommen. Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen die Spratly- und Paracel-Inseln, um die es bereits 1974 und 1988 zu militärischen Zwischenfällen kam.

Seit 2013 lässt China gezielt Riffe und maritime Erhebungen im Bereich der *Nine-Dash Line* aufschütten und militärisch mit Landebahnen, Flugabwehrsystemen sowie Radarstationen ausbauen.¹⁷ Auch schwimmende Atomkraftwerke sind in Planung. Ziel ist insbesondere die Kontrolle strategischer Seewege. Nachdem diplomatische Bemühungen gescheitert waren, leiteten die Philippinen 2013 ein Schiedsverfahren ein, das 2016 mit einem Urteil endete und Chinas völkerrechtswidriges Verhalten verdeutlicht:

› **Verletzung der AWZ-Souveränität (Art. 56 und 77)**

Ölbohrungen, Fischereiaktivitäten und das Blockieren philippinischer Vermessungseinsätze innerhalb fremder AWZ verletzen das exklusive Nutzungsrecht der Anrainerstaaten.

› **Unzulässige Erweiterung maritimer Zonen (Art. 121 Abs. 3)**

Riffe ohne dauerhafte Bewohnbarkeit gelten nicht als Inseln und begründen keine eigenen Seezonen.

› **Illegale Errichtung künstlicher Strukturen (Art. 60)**

Künstliche Inseln wurden ohne Zustimmung der betroffenen Staaten in deren AWZ gebaut.

› **Zerstörung der Meeresumwelt (Art. 192–194)**

Die Landaufschüttungen und die militärische Nutzung führen zur großflächigen Schädigung mariner Lebensräume.¹⁸

China verweigerte die Teilnahme am Verfahren und wies das Urteil als „*null and void*“ zurück. Es erkennt keine externen Entscheidungen zu territorialer Souveränität an und betrachtet die künstlich geschaffenen Strukturen als eigenes Staatsgebiet.¹⁹ Damit betreibt Peking strategisches *Lawfare*. Das Völkerrecht wird nicht offen gebrochen, sondern selektiv ausgelegt und uminterpretiert als Werkzeug zur Legitimierung geopolitischer Interessen, besonders gegenüber kleineren Anrainerstaaten.

II. Grauzonentaktiken durch Küstenwache und Miliz

Peking verfolgt in der Region darüber hinaus eine Grauzonenstrategie, die auf faktische Kontrolle durch Dauerpräsenz und Eskalation unterhalb der Konfliktschwelle zielt. Koordiniert agieren dabei die chinesische Küstenwache und eine paramilitärisch organisierte maritime Miliz, oft im Verbund mit staatlich unterstützten Fischereifloten. Zum Einsatz kommen Blockaden, Rammmanöver und Wasserwerfer. Ein verbindlicher Verhaltenskodex mit den Anrainerstaaten bleibt weiterhin aus; China blockiert eine Einigung gezielt. Die chinesische

Grauzonenstrategie Pekings: faktische Kontrolle durch Dauerpräsenz und Eskalation unterhalb der Konfliktschwelle

Präsenz steigt durch Patrouillen stetig, Zusammenstöße häufen sich. Besonders deutlich wird dieses Vorgehen an zwei langjährig umstrittenen Schauplätzen:

› **Second Thomas Shoal**

Das Riff der Spratly-Inseln liegt in der philippinischen AWZ und war 2023/24 wiederholt Schauplatz von Zwischenfällen. Einer der schwersten ereignete sich am 17. Juni 2024. Ein philippinisches Marineschiff wurde blockiert, gerammt und mit Wasserwerfern attackiert. Laut der Regierung in Manila setzten chinesische Einsatzkräfte dabei auch Äxte und Hämmer ein.²⁰

› **Scarborough Shoal**

China kontrolliert das Riff seit 2012 und sichert es seit 2023 mit Barrieren. Chinesische Einheiten reagieren dort unmittelbar auf jede philippinische Annäherung mit Patrouillen und Drohneneinsätzen. Allein im Januar 2025 wurden laut der *Asia Maritime Transparency Initiative* über 120 chinesische Patrouillen am Scarborough Shoal gezählt.²¹

Während China so seine Präsenz ausweitert und zunehmend aggressiver auftritt, bleiben westliche Reaktionen begrenzt. Die USA, traditionell Schutzmacht mehrerer Anrainerstaaten, intensivieren *Freedom of Navigation Operations* (FONOPs) und haben den Philippinen vertraglich Beistand im Konfliktfall zugesichert. Doch die Maßnahmen zielen vorrangig auf Abschreckung, nicht auf Rückdrängung. Auch die EU fordert regelmäßig die Einhaltung des Schiedsspruchs von 2016.²² Die EU-Mitgliedstaaten agieren jedoch uneinheitlich. Wirtschaftliche Abhängigkeiten mancher Mitgliedsstaaten wie durch die Belt and Road Initiative erschweren kohärente Reaktionen.

Die Zurückhaltung spiegelt die Sorge vor offener Eskalation wider, ermöglicht es Peking jedoch, durch juristische Uminterpretation und faktische Wiederholung neue Realitäten zu schaffen.

4. Geopolitische Hotspots als Lehren für Europas maritime Sicherheit

Als Teil der regelbasierten Ordnung garantierte UNCLOS über Jahrzehnte hinweg Klarheit über Souveränität und damit Stabilität. Doch heute wird diese Ordnung zunehmend herausgefordert: Sie leidet an mangelnder Durchsetzungskraft und Lücken gegenüber hybriden Bedrohungen. Das Verhältnis von Recht und Macht verschiebt sich – nicht durch offene Gewalt, sondern durch strategisches *Lawfare*.

Die Gegenüberstellung der Ostsee und des Südchinesischen Meeres verdeutlicht die Spannweite aktueller Entwicklungen auf See. Die Ostsee liegt im Europäischen Einflussraum, bleibt aber trotz Bündnissen verwundbar. Das Südchinesische Meer entzieht sich europäischer Zuständigkeit, ist jedoch zentral für den globalen Handel. Zudem zeigt es Europas sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA. Eine Eskalation um Taiwan würde Washingtons Fokus vom Europäischen Raum weiter abziehen und den Druck erhöhen, dass Europa selbst die maritime Ordnung verteidigt.

Maritime Unsicherheit wirkt zugleich nach innen. Sabotage, Blockaden und rechtliche Erosion schwächen ökonomische Stabilität, fördern Verunsicherung und begünstigen Polarisierung. *Lawfare* zielt nicht nur auf Seewege, sondern auch auf die Resilienz demokratischer Gesellschaften. Für Europa ist dies nicht nur eine Wertefrage, sondern Kern seiner Selbstbehauptung in einer multipolaren Welt.

Maritime Unsicherheit: Sabotage, Blockaden und Rechtserosion schwächen Wirtschaft, fördern Verunsicherung und Polarisierung

Daraus ergibt sich konkreter europäischer Handlungsbedarf:

› **Gemeinsames Lagebild:**

Aufbau eines europäischen Lagebilds mit Unterseekabeln, Pipelines und Schiffsverkehr, um ungewöhnliche Aktivitäten und mögliche Sabotage frühzeitig zu erkennen.

› **Koordinierungsstelle für hybride Bedrohungen:**

Klare Zuständigkeiten und schnelle Reaktionswege zwischen den EU-Mitgliedstaaten, insbesondere im Fall gezielter Angriffe auf maritime kritische Infrastruktur.

› **Weiterentwicklung von UNCLOS:**

Ergänzung um Schutz- und Sanktionsmechanismen bei Angriffen auf kritische maritime Infrastruktur, um Regelverstöße wirksam ahnden zu können.

› **Internationale Präsenz stärken:**

Ausbau der europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Partnern wie Japan, Südkorea, Australien und den ASEAN-Staaten.

› **Strategische Kommunikation:**

Abgestimmte europäische Kommunikationsstrategien zur Eindämmung von Desinformation und zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz.

- 1 Europäische Kommission (10.05.23): Maritime Security: EU updates Strategy to safeguard maritime domain against new threats, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_1483 (letzter Abruf 29.07.25).
- 2 Hartmann, Jannik (25.06.25): Hybride Kriegsführung. Lehren zur Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/hybride-kriegsfuehrung>, S. 6 (letzter Abruf 23.07.25).
- 3 UN (1984): United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS), https://www.un.org/depts/los/convention_agreements/texts/unclos/unclos_e.pdf, Art. 3; 55ff.; 87ff.
- 4 Bundeswehr (31.01.25): Ostsee: Sicherheitsrisiko Russische Schattenflotte, <https://www.bundeswehr.de/de/ostsee-sicherheitsrisiko-schattenflotte-5883596>, (letzter Abruf 24.07.25).
- 5 Maciata, Klaudia (05.05.25): Fortifying the Baltic Sea - NATO's defence and deterrence strategy for hybrid threats, <https://www.nato.int/docu/review/articles/2025/05/05/fortifying-the-baltic-sea-natos-defence-and-deterrence-strategy-for-hybrid-threats/index.html>, (letzter Abruf 17.07.2025).
- 6 Ewe Koh / Chiang, I-Ting (16.06.25): Taiwan jails China captain for undersea cable sabotage in landmark case, <https://www.bbc.com/news/articles/cwy3zy9jvd4o>, (letzter Abruf 12.07.25).
- 7 Tagesschau (10.10.23): Finnland untersucht mögliche Sabotage, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/finnland-pipeline-schaeden-100.html>, (letzter Abruf 25.07.25).
- 8 Bryant, Miranda / Sauer, Pjotr (20.11.24): Swedish police focus on Chinese ship after suspected undersea cable sabotage, <https://www.theguardian.com/world/2024/nov/20/sweden-denmark-undersea-cable-sabotage-navy-investigation>, (letzter Abruf 24.07.25).
- 9 EEAS (26.12.24): Joint Statement by the European Commission and the High Representative on the Investigation into Damaged Electricity and Data Cables in the Baltic Sea, https://www.eeas.europa.eu/eeas/joint-statement-european-commission-and-high-representative-investigation-damaged-electricity-and_en. (letzter Abruf 28.07.25).
- 10 Sytas, Andrius / Ahlander, Johan (26.01.25): Sweden opens sabotage probe into Baltic undersea cable damage, <https://www.reuters.com/world/europe/baltic-undersea-cable-damaged-by-external-influence-sunday-latvian-broadcaster-2025-01-26/>. (letzter Abruf 01.08.25).
- 11 Bundesregierung (14.01.25): Gemeinsame Erklärung des NATO-Gipfels der Verbündeten im Ostseeraum, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975228/2330188/c555db02884957c2dedca71c316521f0/2025-01-14-gemeinsame-erklaerung-nato-gipfel-der-verbuendeten-im-ostseeraum-data.pdf?download=1>, S. 1 (letzter Abruf 03.07.25).
- 12 Loik, Ramon (27.06.24): Undersea Hybrid Threats in Strategic Competition: The Emerging Domain of NATO-EU Defense Cooperation, <https://journalonbalticsecurity.com/journal/JOBs/article/126/text>, (letzter Abruf 28.07.25).
- 13 Bewarder, Manuel /Blöcher, Marie/Kempmann, Antonius/ Strunz, Benedikt /Blum, Petra/ Flade, Florian (25.09.24): Russland – Systematische Spionage in der Ostsee, <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-ostsee-spionage-100.html>, (letzter Abruf 01.08.25).
- 14 Reuter (22.01.25): UK monitors Russian spy ship, steps up undersea cable protection, <https://www.reuters.com/world/uk/uk-monitors-russian-spy-ship-steps-up-undersea-cable-protection-2025-01-22/>, (letzter Abruf 20.07.25).
- 15 Ndr (28.03.25): Luftwaffe fängt russisches Aufklärungsflugzeug vor Rügen ab, <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Luftwaffe-faengt-russisches-Aufklaerungsflugzeug-vor-Ruegen-ab,flugzeug1086.html>, (letzter Abruf 08.07.25)
- 16 Bundesregierung (14.01.25): Gemeinsame Erklärung des NATO-Gipfels der Verbündeten im Ostseeraum, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975228/2330188/c555db02884957c2dedca71c316521f0/2025-01-14-gemeinsame-erklaerung-nato-gipfel-der-verbuendeten-im-ostseeraum-data.pdf?download=1>, (letzter Abruf 03.07.25).
- 17 Siehe Bilder: Asia Maritime Transparency Initiative: Mischief Reef, <https://amti.csis.org/mischief-reef/#AnalysisofOutpost-heading>, (letzter Abruf 05.08.25).
- 18 Ständiger Schiedshof (PCA) (2016): The South China Sea Arbitration (The Republic of Philippines v. The People's Republic of China), <https://pca-cpa.org/cn/cases/7/>, (letzter Abruf 06.07.25).
- 19 Ministry of Foreign Affairs People's Republic of China (12.07.16): Statement of the Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China on the Award of 12 July 2016 of the Arbitral Tribunal in the South China Sea Arbitration Established at the Request of the Republic of the Philippines, https://www.mfa.gov.cn/eng/zy/gb/202405/t20240531_11367334.html, (letzter Abruf 28.07.25).

- 20 Reuters (2024): Philippines accuses China of using 'illegal force' to deliberately disrupt resupply mission, <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/philippines-continue-south-china-sea-resupply-missions-defense-sec-says-2024-06-24/>, (letzter Abruf 08.07.25).
- 21 AMTI / CSIS (2024): Holding the Line: China's Expanding Patrols Around Scarborough Shoal, <https://amti.csis.org/holding-the-line-chinas-expanding-patrols-around-scarborough-shoal/>, (letzter Abruf 28.07.25).
- 22 EEAS (11.07.24): South China Sea: Statement by the Spokesperson on the anniversary of the Award rendered in the arbitration between the Philippines and China, https://www.eeas.europa.eu/eeas/south-china-sea-statement-spokesperson-anniversary-award-rendered-arbitration-between-philippines_en, (letzter Abruf 27.07.25).

Impressum

Die Autorin

Lara Müller ist Politikwissenschaftlerin im Master mit Schwerpunkt internationale Beziehungen und europäische Sicherheit. Sie war unter anderem in der Abteilung Internationale Politik und Sicherheit der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Kontakt:

Felix Neumann

Terrorismusbekämpfung

Analyse und Beratung

felix.neumann@kas.de

Tel. +49 30 26996-3879

Tilman Feltes

Außen- und Sicherheitspolitik

Analyse und Beratung

tilman.feltes@kas.de

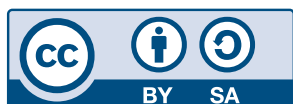
Tel. +49 30 26996-3615

Bildnachweis Titelseite: IMAGO / ZUMA Press Wire

Gestaltung und Satz: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-334-6